

Kapital und Staat im Grünen Extraktivismus. Widersprüche und Widerstände in Lithiumsektor Chiles¹

Nina Schlosser

*Chile. Territorio ensangrentado.
Chile. Seguirá por siempre unido.
Chile. Luchará contra el tirano.
Chile. No será jamás vencido.*²

1 Einleitung

„Immer wenn ein Rohstoff gebraucht wird, gehen Geologen (sic!) los und finden ihn“, erklärt der Leiter des Projekts Regionale Kooperation zur nachhaltigen Gestaltung des Bergbaus in den Andenländern der deutschen Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) (Interview 1, 4.4.2023). Die Europäische Union (EU) benötigt Lithium, und zwar für die Dekarbonisierung ihrer überwiegend fossilen Ökonomie. Nach China, den Vereinigten Staaten und Indien gehört die EU zu den größten CO₂-Emitenten des Planeten (EC 2024a). Die ökologische Modernisierung kohlenstoffintensiver Wirtschaftsbereiche wie des Verkehrssektors, insbesondere der Automobilität, droht derweil an erste materielle Grenzen zu stoßen. Denn die europäischen Dekarbonisierungspolitiken, die auf den Ausbau der Elektro-Automobilität abzielen, setzen den Zugang zu sogenannten strategischen Rohstoffen wie Lithium voraus. Bis zur geplanten Erreichung der Klimaneutralität im Jahr 2050 schätzt die EU, dass sie 60-mal mehr Lithium benötigen wird (EP 2023). Ohne den Zugang zu Lithiumreserven würde sie ihr ambitioniertes Ziel auf dem eingeschlagenen Wachstumspfad,

1 Für hilfreiche Hinweise danke ich Kristina Dietz, Markus Wissen, Mario Candeais und Alex Demirović.

2 Diese Passage bildet den Refrain des Lieds „*El rojo gota a gota irá creciendo*“ (Tropfen für Tropfen wächst das Rot weiter) der chilenischen (Widerstand-)Musikgruppe *Quilapayún*. Übersetzt heißt es etwa so viel wie: „Chile. Blutbeflecktes Land. Chile. Weiter für die Einheit. Chile. Kampf dem Tyrannen. Chile. Niemals besiegt.“ Ich schreibe diesen Text mit der Feder der Solidarität für die unterdrückten Klassen(-fraktionen) und widerständigen Gruppen in Chile und weltweit.

den sie mittels des *European Green Deal* eingefasst hat (EC 2019), vermutlich nicht erreichen.

In Chile lagern die weltweit größten Lithiumreserven. Bereits heute deckt die EU etwa 84 Prozent ihrer Lithiumbedarfe aus Chile (EC 2024b). Die chilenische Regierung garantiert ihr auch zukünftige Lithium-Lieferungen. Dafür unterzeichneten sie und die EU-Kommission im Dezember 2023 den Beschluss zum fortgeschrittenen Rahmenabkommen und zu einem Interimshandelsabkommen. Mit diesen Abkommen sichert sich die EU den zollfreien Zugang zu Lithium aus Chile (EP 2024). Gegenseitig gaben sich die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der chilenische Präsident Gabriel Boric (seit 2022 im Amt) das Versprechen gemeinsamer Anstrengungen zur Eindämmung des globalen Klimawandels. Während eines Besuchs im Juni 2024 in Berlin erklärte Boric: „eine grüne Wirtschaft würde dazu beitragen, die Welt besser zu machen und die permanente Herausforderung gemeinsam zu nehmen.“ „Je mehr wir wachsen“, fuhr Boric fort, „desto mehr können wir umverteilen.“ Chiles „immenser Reichtum an Lithium im nördlichen Salar de Atacama, dessen Ökosysteme jedoch zu schützen wären, könne genutzt werden, um sowohl der ökonomischen Armut in Chile als auch dem globalen Klimawandel zu begegnen“, so Boric (eigene Aufnahme, 11.6.2024, Übers. NSc.).

Von der beschlossenen Aktualisierung des Assoziierungsabkommens hatten die Gemeinden in der Kommune San Pedro de Atacama bis vor Kurzem keinerlei Kenntnis, wie sich in einem Gespräch mit einer führenden Aktivistin herausstellte. Sie kritisieren, dass sie von Entscheidungen zum Lithiumbergbau ausgeschlossen sind, obwohl diese sie unmittelbar betreffen. Schon in den Jahren 2016 und 2018, als die Verdreifachung der Extraktionsraten lithiumhaltiger Sole aus dem Salar de Atacama von der Regierung in Santiago de Chile genehmigt wurde (Poveda Bonilla 2020: 67), wurden sie nicht berücksichtigt und mobilisierten dagegen (Jerez et al. 2021; Liu et al. 2019). Mittlerweile ist das Protestbündnis allerdings gespalten. Der manifeste Widerstand hat sichtlich nachgelassen (Furnaro 2019; Lorca et al. 2019). Einige Gruppen haben sich distanziert und scheinen mit dem Lithiumabbau und der Dominanz der Unternehmen in der Region sogar einverstanden zu sein. Es wirkt fast so, als wären sie mit den beiden im Salar operierenden Konzernen Albemarle und SQM (Sociedad Química y Minera) eine Art Allianz eingegangen, und als hätte sich so etwas wie ein „Lithium-Konsens“ (Schlosser 2024) herausgebildet.

In diesem Beitrag zeichne ich den umkämpften Prozess um den Abbau von Lithium in San Pedro nach. Meine zentrale Frage lautet, welche Rolle

der Staat und die Lithiumunternehmen bei der Herausbildung eines Lithium-Konsenses spielen. Um diese zu beantworten, verbinde ich zunächst hegemonie- und staatstheoretische Überlegungen von Antonio Gramsci und Nicos Poulantzas miteinander. In diesen konzeptionellen Rahmen bette ich die Analyse zu widerständigen wie widersprüchlichen Dynamiken, (Herrschafts-)Praktiken und sich wandelnden Akteurskonstellationen im chilenischen Lithiumsektor auf lokaler Ebene ein. Dafür kontextualisiere ich die Produktions- und Lebensweisen vor und seit der Lithiumextraktion in dem Gebiet. Anschließend skizziere ich die sozialen Widerstände gegen die Unternehmen und den Staat, und zeige mittels welcher Strategien die Lithiumkonzerne auf diese einwirken. In diesem Zuge arbeite ich gleichzeitig inhärente Widersprüche heraus, die ich im letzten Kapitel staatstheoretisch reflektiere und mit Poulantzas für einen demokratischen Sozialismus argumentiere.

2 Staat und Konsens

Das hier zu Grunde liegende materialistische Staatsverständnis speist sich aus den Arbeiten Nicos Poulantzas und Antonio Gramscis. Poulantzas (2002: 159) versteht den kapitalistischen Staat als ein „gesellschaftliches Verhältnis“, oder anders ausgedrückt als eine „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen“. Dieser Argumentation folgt auch Gramsci. Um der Komplexität des Staats und seinem dialektischen Verhältnis mit der gesellschaftlichen Sphäre Rechnung zu tragen, nutzt er den Begriff des „integralen Staates“ (GH 4: 824). Dieser setze sich aus einer „politischen Gesellschaft“ und der „Zivilgesellschaft“ zusammen. Mit der politischen Gesellschaft fasst er den Staat im engeren Sinne, einschließlich der staatlichen Apparate, politischen Institutionen und repressiven Elemente. Die Zivilgesellschaft setzt sich aus Institutionen wie der Familie, Schule, Gewerkschaften oder auch der Kirche zusammen. Die untrennbare Verbindung und das Zusammenwirken beider Gesellschaften zum erweiterten Staat bringt Gramsci auf die folgende Formel: „Integraler Staat = Zivilgesellschaft + Politische Gesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ (GH 6: 783). Hegemonie versteht er als die Fähigkeit der dominanten Klassen, ihre Interessen gegenüber den subalternen Klassen durchzusetzen und ihre Herrschaft zu legitimieren (GH 2: 411). Das Ringen der kollektiven Subjekte um Hegemonie, das einen manifesten Ausdruck etwa in Streiks oder Blockaden findet, geschieht auf dem Terrain

der Zivilgesellschaft. Der Staat setzt die zur Disposition stehenden Normen schließlich selektiv durch und verankert diese beispielsweise mittels (Handels-)Verträgen, Richtlinien oder Gesetzen. Doch davor kommt es im Rahmen der Konfliktbearbeitung zu einem Aushandlungsprozess, der so lang andauert, wie das Hegemonieprojekt verfolgt wird. Und dieser Prozess fördert die antagonistischen Interessen der beteiligten Klassen und Klassenfraktionen zu Tage und macht Widersprüche zwischen sowie innerhalb der Akteure und Allianzen sichtbar. Um ihre partikularen Interessen schließlich durchzusetzen, macht die herrschende Klasse oder Fraktion durchaus auch materielle Zugeständnisse an die Subalternen. Dabei nimmt sie Teile der Forderungen von unten auf. Allerdings in der Absicht ihre eigene „politische und ökonomische Position“ (GH 6: 1242) zu erhalten und die dominanten Verhältnisse dafür nur so weit wie unbedingt nötig anzupassen, ohne die strukturellen Machtverhältnisse zu berühren. Wenn dieser Prozess, also eine „Revolution ohne Revolution“ (Candeias 2018) gelingt, erlangt die herrschende Klasse Hegemonie.

Dem Staat kommt in diesem Prozess eine Scharnierfunktion zu. Er organisiert den Kompromiss zwischen den herrschenden und den subalternen Kräften, den Konsens der Regierten. Dafür macht der Staat als Zwangsapparat zwar von repressiven Maßnahmen Gebrauch, ergänzt diese jedoch um wirkmächtigere konsensuale Komponenten. Das heißt, auch der Staat geht Kompromisse ein und macht wie die herrschenden Klassenfraktionen materielle Zugeständnisse an die Beherrschten. Das können etwa höhere Abgaben für Bergbauunternehmen zur Umverteilung und Finanzierung (wohlfahrts-)staatlicher Leistungen oder striktere Umweltauflagen sein. Außer Frage stünde dabei, den Bergbausektor bzw. die gesamtwirtschaftliche Ordnung grundsätzlich umzustrukturieren. Dazu gehörte beispielsweise Konzerne vollständig in Staatseigentum zu überführen oder gar zu vergesellschaften.

Die institutionellen Zugeständnisse des Staats gefährden die systemischen Grundlagen des dominanten Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells demzufolge ebenso wenig wie die Position der herrschenden Kräfte, die der Staat befördert. Der Staat ist es, der deren materielle Basis eigens bildet, argumentiert Poulantzas (2002):

„Der Staat steckt von Anfang an das Kampffeld ab, das Feld der Produktionsverhältnisse mit inbegriffen, er organisiert den Markt und die Eigentumsverhältnisse, etabliert die politische Herrschaft und die politisch herrschende Klasse, er markiert und codiert alle Formen der ge-

sellschaftlichen Arbeitsteilung, die gesamte gesellschaftliche Realität im Bezugsrahmen einer Klassengesellschaft.“ (ebd.: 120)

Dabei agiere der Staat zwar im Interesse der herrschenden Klassen, doch mitnichten als ihr bloßes Instrument. Vielmehr organisiert und etabliert er diese erst als dominante Kräfte zu einem „Block an der Macht“ (Poulantzas 2002: 167). Ohne jedoch gleich ein eigenständiges Subjekt darzustellen, das ausschließlich autonom, wissentlich wie willentlich und mit „eigener Macht“ (ebd.: 163) vorgeht. Dennoch repräsentiert er „das langfristige politische Interesse des Blocks an der Macht“ (ebd.: 157). Dieser setzt sich nicht lediglich aus einer einzelnen gesellschaftlichen Gruppe, der bürgerlichen Klasse, sondern aus verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie und in Abhängigkeit von Zeit, Raum und Hegemonieprojekt auch weiteren herrschenden Klassenfraktionen zusammen. Trotz der vorübergehenden Verbundenheit, die der Staat schafft, herrschen auch zwischen den herrschenden Klassen und Klassenfraktionen teils diametrale Vorstellungen vom Hegemonieprojekt vor. Aus den Widersprüchen erwachsen Widerstände, die wechselseitige Spannungen und interne Konflikte provozieren und schließlich Risse im Machtblock hervorbringen. Es sind genau diese Widersprüche innerhalb der herrschenden Klassen und des Machtblocks, die einerseits „die staatliche Organisation der Einheit dieses Blocks notwendig“ (ebd.: 164) und andererseits die „Organisationsrolle des Staates“ überhaupt erst möglich machen (ebd.: 165). Der Staat spachtelt diese Risse vorerst an der Oberfläche zu. Und das, obwohl er selbst gespalten ist. Den Staat als eine Verdichtung von Kräfteverhältnissen zu begreifen, bedeutet nicht, dass er diesen äußerlich wäre, sondern im Gegenteil, dass die Klassenwidersprüche in ihm eingeschrieben sind. Aus ihnen konstituiert sich der Staat und auf diesen Klassenwidersprüchen baut sich seine Organisation auf. Sie durchziehen den Rahmen des Staates spaltend und verdichten sich letztlich in seinen Strukturen.

Trotz dieser immanenten Widersprüchlichkeit des Staates selbst, gewährleistet er erstens die vorübergehende Vereinheitlichung des Blocks an der Macht, von dem die Mehrheit der Subalternen ausgeschlossen bleibt. Zweitens ermöglicht er die Spaltung, Desorganisation und Demobilisierung der beherrschten Gruppen, die gegen den Block an der Macht, sowie den Staat aufbegehren und versuchen den gesellschaftlichen Konsens zu unterwandern.

Obgleich seiner Herrschaftspraktiken, die sich scheinbar unmissverständlich für den Erhalt der Ordnung im Sinne des Machtblocks und

gegen die Interessen der Subalternen richten, besitzt der Staat wie bereits angedeutet eine „relative Autonomie“ (Poulantzas 2002: 158). Das heißt, er ist nicht gänzlich autonom gegenüber der Gesellschaft, wird durch diese aber ebenso wenig in Gänze determiniert (Hall 2014: 37). Nur so kann er seine organisierende und kompromissbildende Rolle gewährleisten. Dass der Staat eine gewisse Souveränität wahrt, bedeutet nämlich nicht, dass er eine einheitliche Position einnimmt oder „einen eindeutigen politischen Willen“ (Poulantzas 2002: 167) besitzt. Auch wenn er Widersprüche zwischen antagonistischen Gruppen organisatorisch bearbeitet, existieren eben solche gleichermaßen innerhalb, sowie zwischen den staatlichen Apparaten und verdichten sich in dem Netz, das sie nichtsdestoweniger in einem Knoten zusammenhält. Die Politiken sind „die Resultante der innerstaatlichen Widersprüche“ (ebd.: 165). So könnte beispielsweise das nationale Wirtschaftsministerium eines naturexportierenden Landes eine Erhöhung der Förderung von Rohstoffen anvisieren, während das Umweltministerium derselben Regierung, vielleicht sogar Partei, stattdessen eine Senkung und den Rückbau der extraktivistischen Infrastrukturen für den Schutz der Umwelt vorsieht. Innerstaatliche Widersprüche resultieren in widersprüchlichen Politiken. Vor diesem Hintergrund ließe sich begreifen, warum der Staat eher eine „Vielzahl zerstreuter Mikropolitiken“ (ebd.: 167) umsetzt, als eine einheitliche Politik im Sinne der herrschenden Klasse auszuüben (Demirović et al. 2010).

Eine diffuse Politik prägt auch den chilenischen Lithiumsektor, die ich eingebettet in den hier skizzierten staats- und hegemonietheoretischen Analyserahmen untersuche. In Anlehnung an Gramscis Überlegungen zum integralen Staat berücksichtige ich dabei insbesondere die beiden Chemieunternehmen Albemarle und SQM, die im Salar de Atacama einerseits Lithium fördern. Andererseits agieren sie dort aber auch selbst als so etwas wie ein Wohlfahrtsstaat, womit sie auf die Produktions- und Lebensweise der lokalen Bevölkerung einwirken. Der Staat auf Zentralebene institutionalisiert ihr Vorgehen schließlich, wie sich zeigt.

3 (Prä-)Lithium-Ära: Lebensweisen und Lithiumabbau im Salar de Atacama

Der Salar de Atacama liegt in der Atacama-Wüste, in der Region Antofagasta im Norden Chiles, der trockensten Wüste der Welt. Dort befindet sich eine abflusslose Senke mit einer Gesamtfläche von über 15.000 km²,

in der sich der Salar mit etwa 3000 km² einfügt und die derzeit größten bekannten Lithiumreserven der Welt beherbergt (USGS 2024: 111). Nach Australien ist Chile gegenwärtig der zweitgrößte Lithiumexporteur der Welt. Zusammen deckten die beiden Länder im Jahr 2020 etwa drei Viertel des weltweiten Lithiumbedarfs (DERA 2023: 10), der den Rohstoffpreis in die Höhe treibt. 2020 kostete eine Tonne Lithiumkarbonat 8400 US-Dollar. Binnen zweier Jahre stieg der Preis um über 800 Prozent auf 68.100 US-Dollar (Balakrishnan/Neef 2023).

Dass die im Salar de Atacama angesiedelten Gemeinden „auf einem Milliardenchatz sitzen“, wie der Lithium-Experte der DERA in einem Interview (Interview 2, 25.1.2023) sagte, wussten die Menschen nicht, als sie sich dort vor 11.000 Jahren angesiedelt haben. Ihre Produktions- und Lebensweise basierte nicht auf dem Lithiumbergbau, wie es heute zum Teil der Fall ist, sondern auf subsistenzwirtschaftlichen Aktivitäten. Trotz des ariden Klimas, geringer Wasserreserven und einer Lage auf 2300 Meter über dem Meeresspiegel lebten sie von und mit der Natur. Der Anbau von Quinoa, Mais, Bohnen und auch einigen Obstsorten sowie das Halten von Schafen, Lamas und Alpakas versorgte sie mit Nahrung (Jerez et al. 2021). Die Felle von Alpakas verarbeiteten sie zu Wolle und nutzten diese für die Herstellung von Kleidung, die sie während der kalten Monate warmhielt. Sie konsumierten die Waren, die sie produzierten, entweder selbst oder tauschten sie untereinander (Schlosser 2024). Einige verkauften sie auf lokalen Märkten in San Pedro oder in der nächstgelegenen Stadt Calama, wo sie derweil auch einige Lebensmittel und Gebrauchsgüter erwerben. Ihnen war der materielle Lebensstandard kapitalistischer Gesellschaften bis vor einigen Jahren persönlich wenig bekannt. Das änderte sich anteilig mit den neuen Lithiumverträgen (2016/2018), mittels derer die Produktionsexpansion und die materielle Beteiligung einiger indigener Gruppen beschlossen wurde, wie ich im nächsten Abschnitt zeige. Davon abgesehen stehen der Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerungsteile auch heute normalerweise keine Maschinen für die schwere Feldarbeit zur Verfügung, wie sich bei Besuchen der insgesamt 18 im Salar angesiedelten Gemeinden beobachten lässt. Genauso wenig war die Mehrheit der privaten Haushalte mit Elektroherden oder Waschmaschinen ausgestattet, die die Reproduktionsarbeit im Alltag erleichtern, berichtet eine indigene Bäuerin. Heizungen bzw. Klimaanlage, die die Temperaturen in der Wüste erträglicher machen, stellen noch immer eine Ausnahme dar. Dieser Umstand erklärt sich durch das Preisniveau in Chile, das jenem west- und mitteleuropäischer Ökonomien ähnelt, während das Lohnniveau ungleich hoch ist (Boddenberg 2020: 8).

Der chilenische Mindestlohn lag 2020 bei umgerechnet 355 Euro monatlich (Graf/Landherr 2020: 475). Ohne ein entsprechendes Einkommen oder Vermögen sind Haushaltsgeräte im neoliberalen Chile, in dem Gesundheit, Bildung, Altersvorsorge, und sogar Wasser seit der Diktatur (1973–1990) überwiegend marktförmig organisiert sind, schier unerschwinglich (Solimano 2012). Die dominante Wirtschaftsordnung setzt so gesehen auch eine gewisse Gemeinschaftlichkeit voraus, um sich gegenseitig mit dem Notwendigen zu versorgen. Aber die skizzierte Produktions-, Distributions- und Konsumweise ist nicht nur strukturell erzwungen, sondern auch kulturell determiniert. Sie liegt auch heute noch einem alternativen Verständnis von Natur zugrunde, demzufolge Natur keine Ware, sondern ein Subjekt darstellt, das Leben schenkt, und das selbst lebt. Diese Vorstellung kommt in zahlreichen Gesprächen mit den mehrheitlich indigenen Menschen in San Pedro wiederholt zur Sprache. Auf der Grundlage der suffizienten Lebensweise benötigten die Menschen bis vor wenigen Jahren deutlich weniger Geld als heute, erinnert sich eine Chilenin, die in der Gemeinde Coyo aufgewachsen ist (Interview 3, 14.3.2023, Übers. NSc.). Sie entnahmen der Natur nur, was sie brauchten. Und sie selbst lebten auch solidarischer miteinander, fügt sie an. Der indigene Bürgermeister von San Pedro de Atacama, der seine gesamte Kindheit dort verbrachte, erzählte im Interview, dass diese Lebensweise mindestens bis in die 1980er-Jahre vorherrschte. Bis dahin hätte es „nichts“ gegeben: „Es gab keinen Bergbau, es gab nichts.“ (Interview 4, 30.3.2023, Übers. NSc.)

Lithium wird in Chile tatsächlich nicht erst seit der Politisierung des Klimawandels und den dominanten Dekarbonisierungsstrategien zur Antriebs- und Energiewende in den Industrieländern, einschließlich China abgebaut. Bereits seit circa 30 Jahren operieren dort zwei (trans-)nationale Konzerne: Albemarle, ein US-amerikanischer Konzern, begann mit der Soleextraktion und der Weiterverarbeitung zu Lithiumkarbonat im Jahr 1984 (Albemarle 2024). Damals bildete er ein *Joint Venture* mit der staatlichen Behörde zur Wirtschaftsförderung (Corporación de Fomento de la Producción, Corfo), die bis 1989 ihre gesamten Anteile an den Konzern veräußert hatte (Lagos 2012: 10). 1992 setzte auch SQM „einen Fuß in den Salar“ (Cofré 2019: 201). Das Chemieunternehmen startete ebenso als gemischtwirtschaftliches Unternehmen mit Corfo, wurde jedoch auf der Grundlage des Bergbaugesetzes (1983) 1985 privatisiert (Dorn/Gundermann 2022: 344). Seit 1994 operiert es im Salar und entwickelte sich zu einem global operierenden Unternehmen, das heute anteilig dem ehemaligen Schwiegersohn von Augusto Pinochet gehört.

Lithium wurde seinerzeit nicht für die Batterien von Elektroautos genutzt. Die zivil-militärische Junta erteilte die Erlaubnis zur Lithiumausbeutung im Salar de Atacama vor dem Hintergrund des Kalten Krieges (1947–1989) und dem atomaren Wettrüsten zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Lithium als integraler Bestandteil von Wasserstoffbomben sollte die Versorgungssicherheit der USA im „nationalen Interesse“ sichern (Lagos 2012: 8f.).

Während Lithium aktuell vor allem für die Produktion von Lithium-Ionen-Batterien verwendet wird (DERA 2023: 22), blieb das Extraktionsverfahren annähernd gleich. Zur Entnahme der lithiumhaltigen Sole bohren die Unternehmen auf einer Fläche, die sie als Nukleus, den Kern des Salars bezeichnen, erst durch die Erdkruste und dann durch diverse Bodenschichten bis zu einer Tiefe von etwa 40 Meter (Lagos 2012: 2). Von dort pumpen sie beide zusammen genommen mehrere Millionen Liter Sole täglich (SQM: 1500 l/s; Albemarle: 442 l/s) an die Oberfläche (Poveda Bonilla 2020: 67). Anschließend leiten sie die Sole in fußballfeldgroße Verdunstungsbecken, die insgesamt zwischen 30 und 40 Quadratkilometer einnehmen. Eines der großflächigsten misst eine Länge von einem Kilometer und ist bis zu 600 Meter breit. In diesen sogenannten *piscinas* (Schwimmbädern) lagert die Flüssigkeit dann zwischen zwölf und 18 Monaten unter freiem Himmel. Die starke Sonneneinstrahlung, die in der Regel den Höchstwert auf einer Skala von eins bis elf erreicht, bedingt, dass das in der Sole gelöste Wasser verdunstet und sich die Lithium-Konzentration selbständig von 0,2 Prozent auf annähernd sechs Prozent steigert. SQMs leitender Hydrogeologe, der den Prozess bei einem Besuch der Anlagen am 1. März 2023 veranschaulichte, gab an, dass dies die höchstmögliche Konzentration im Zuge des Evaporationsprozesses darstelle und bislang nirgends auf der Welt höhere Werte, zumal zu derart sozusagen günstigen Konditionen, erzielt würden. Die noch zu Beginn der eingelagerten Sole fast schon wie Ausschnitte eines karibischen Meers wirkende Landschaft, verwandelt sich dabei in einen Teppich aus Industrie-Becken, die eine grünlich-gelbe gallertartige Lake enthalten. Die Residuen werden geerntet, wie die Unternehmen es nennen, und anschließend abtransportiert. Allein das SQM-Gelände verlassen täglich an die 80 vollbeladene Diesel-LKW, die sich den Weg durch die Atacamawüste bis zu den Anlagen im Salar del Carmen in derselben Region, unweit des Exporthafens bahnen, wo die chemische Weiterverarbeitung zu Lithiumkarbonat (2022: 180.000 Tonnen) und Lithiumhydroxid (2022: 30.000 Tonnen) stattfindet (SQM 2022: 4).

Der gesamte Prozess gestaltet sich kapital- aber nicht gleichermaßen arbeitsintensiv. Bei SQM beispielsweise, ein in 110 Ländern operierender Konzern, waren im Jahr 2021 lediglich 6081 Menschen beschäftigt. 5671 davon arbeiteten in Chile (SQM 2021: 73–75) und mit 62 Prozent die Mehrheit von ihnen in der Region Antofagasta. Wie hoch der Anteil indigener Beschäftigter ist, lässt sich den Unternehmensberichten nicht entnehmen. Auch die Höhe der Einkommen ist unklar. Wahrscheinlich ist jedoch, dass es über dem geringen Mindestlohn liegt. Trotzdem merkt ein ehemaliger Angestellter von SQM im Gespräch an, dass sie mehr zahlen könnten. Aus dem Jahresbericht 2022 geht indessen hervor, dass SQM mit einer Höhe von 10,7 Milliarden US-Dollar „die höchsten Einnahmen [ihrer] gesamten Konzerngeschichte“ erzielt habe, 98 Prozent des Gesamtumsatzes stammten aus dem Export. (SQM 2022: 6) Mit fünf Milliarden US-Dollar sei das Unternehmen, laut Bericht, „der größte Beitragszahler in die Steuerkasse des Landes“ (ebd.: 4) gewesen.

4 Widersprüche und Widerstände

Für viele Menschen in der Region scheint eine Beschäftigung bei den Lithiumunternehmen attraktiv zu sein. Sie beziehen ein finanzielles Einkommen für eine Arbeit, die weniger körperlich anstrengend ist als die in der Land- und/oder Wanderweidewirtschaft und darüber hinaus ein relativ hohes gesellschaftliches Ansehen im vom Bergbau geprägten Norden Chiles genießt (Furnaro 2019). Gerade die jüngeren Generationen ziehen eine Lohnarbeit im Lithiumsektor vor, beobachtet ein indigener Bauer aus Toconao, wo SQM ein Büro besitzt. Statt täglich Pflanzen zu wässern und Tiere zu versorgen, arbeiten sie mit Maschinen in Schichten auf den Anlagen oder in den Büros. Ihr Einkommen gestattet ihnen zudem eine andere Lebensweise, denn sie können sich Güter wie Smartphones, Haushalts- sowie Fernsehgeräte und sogar Autos kaufen. Sie tragen Kleidung nordamerikanischer Marken und kaufen anteilig industriell hergestellte Lebensmittel im Laden in der Stadt, statt sie selbst zu produzieren, erklärt ein indigener Mensch, der in der Sprengstoffindustrie für den Kupferbergbau nahe der Hafenstadt Antofagasta arbeitet. „Nichts ist gratis“ (Interview 5, 26.3.2023), sagt er. Aber dank seines Einkommens konnte er sich wie andere auch, ein privates Auto anschaffen, das die flexible Fortbewegung in der Wüste und in die mehrere hundert Kilometer entfernten Städte wie Calama oder Antofagasta ermöglicht. Busse fahren selten, Züge transportieren

im Norden ausschließlich Rohstoffe. „Das ist nicht die Lebensqualität, wie unsere Vorfahren lebten“, kritisiert die ehemalige Präsidentin des Consejo de Pueblos Atacameños (CPA), dem Organ zur Vertretung der indigenen Interessen in Atacama (Interview 6, 29.3.2023).

Diese Lebensqualität sei dem CPA, lokal-indigenen Gruppen und Bäuer:innen zufolge schon seit einigen Jahren nicht mehr gewährleistet. Allerdings begründen sie dies mit den sozial-ökologischen Auswirkungen des Lithiumabbaus. Sie beobachteten ein Absinken des Grundwasserspiegels (Jerez et al. 2021), die zunehmende Versalzung der Böden und Wasserreserven (Garcés/Alvarez 2020), das Austrocknen Letzterer sowie der Lagunen und eine deutliche Degradation der Biodiversität (Marazuela et al. 2019; Liu et al. 2019; Liu/Agusdinata 2020). Wasser bildet die materielle Grundlage der subsistenzbasierten Lebensweise (Olmos Herrera 2019), die gefährdet sei, skandierten sie. Trotzdem erlaubte der Staat beiden Unternehmen ab 2016 (Albemarle) und 2018 (SQM) die Verdreifachung der Extraktionsraten.

Aus diesem Grund organisierten sie sich in Atacama und mobilisierten gegen die geplanten Vertragsunterzeichnungen. Anfangs bewegte sich das widerständige Bündnis überwiegend auf lokaler Ebene und war insbesondere indigen geprägt. Einerseits forderten sie unabhängige Untersuchungen der ökologischen Auswirkungen der Lithiumextraktion. Bis die Ergebnisse nicht vorlägen, solle keine weitere Sole entnommen werden (Jerez et al. 2021). Zudem beschuldigten sie SQM, unerlaubte Mengen Wasser abzupumpen und verklagten den Konzern; sie erhielten letzten Endes jedoch kein Recht. Dabei hatten sie Stellen im Salar ausfindig gemacht, an denen illegale Rohrleitungen in den Boden eingelassen waren, erzählte eine Deutsch-Chilenin, die dort lebt und die Proteste unterstützte (Interview 7, 18.3.2023).-Andererseits forderten indigene Bevölkerungsteile die Einhaltung ihres Rechts auf *Free, Prior and Informed Consent*, das in der ILO-Konvention 169 zum Schutz indigener Völker festgeschrieben ist, und in Chile im Jahr 2010 ratifiziert wurde (Garcés/Alvarez 2020). Demnach müssten die indigenen Einwohner:innen über die auf ihren oder angrenzenden Territorien geplanten Aktivitäten, die sich auf die Gebiete auswirken könnten, vorab in Kenntnis gesetzt werden. Und sie hätten das Recht, solchen extraktivistischen Vorhaben wie in Atacama zu widersprechen. In der Regel käme es in solch einem Fall zu Aushandlungen zwischen den Konzernen, den indigenen Gemeinden und dem Staat mit dem Ziel, sich auf einen Kompromiss zu einigen. Andernfalls dürfe der Rohstoffabbau nicht begonnen werden. Eine vorläufige Einigung wurde tatsächlich

erzielt. Allerdings erst nachdem die Lithiumextraktion ohne vorherige Zustimmung erhöht fortgesetzt wurde.

In diesem Zeitraum scheint sich die Konfliktachse unerwartet gedreht zu haben. Der aktive Widerstand gegen die Unternehmen, der sich zu Beginn auf den Zugang und die Kontrolle der salaren Naturgüter, die Autonomie der dort lebenden Bevölkerungen und ihrer Partizipation bezog (Jerez et al. 2021; Garcés/Alvarez 2020) hatte nachgelassen. Der Bürgermeister von San Pedro erklärte diese etwas überraschende, diametral entgegengesetzte Entwicklung mit einer Übereinkunft zwischen Albemarle und den indigenen Gemeinden. Seitdem (2016) gäbe es keine „kollektive Sicht mehr auf das Territorium, und sie können einander nicht mehr in die Augen schauen.“ Jede Einzelne und jeder Einzelne kämpfe nur noch für sich selbst und sie seien mittlerweile sehr gespalten. Es gäbe in erster Linie „Konfrontationen zwischen der Welt der *Atacameños* und den *afuerinos*“ („Außenseiter“, hier: Zugezogene, Nicht-Atacameños; Übers. NSc.). Der Staat nehme dabei eine widersprüchliche Rolle ein, sagte er, und meint damit den Nationalstaat. Letzterer spreche zwar von einer grünen Ökonomie, jedoch *nicht mit ihnen*. Während der Staat in der über 1500 Kilometer entfernten Hauptstadt Santiago de Chile Entscheidungen fälle, die sie in Atacama betreffen, hätten sie nun „die Möglichkeit in San Pedro, von Angesicht zu Angesicht mit den Unternehmen zu sprechen.“ (Interview 4, 30.3.2023, Übers. NSc.)

Die Möglichkeit zum Dialog geht unter anderem auf eine Initiative beider Konzerne zurück. Zusammen mit einzelnen indigenen Gemeinden, der Lokalregierung, der staatlichen Corfo, der Universidad Católica del Norte und indigenen Verbänden zum Schutz des Wassers haben sie den sogenannten *Mesa Multiactor* ins Leben gerufen (*Mesa Multiactor* o.J.). Im Rahmen dieses Dialogformats, koordiniert von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), versuchen die Lithiumunternehmen der Forderung der lokalen Gemeinden nach Transparenz Rechnung zu tragen, erklärt ein Mitarbeiter von Albemarle. Ebenso versuchen sie die Bedarfe und Bedürfnisse der Gemeinden zu erkennen, um anschließend ihre *Corporate-Social-Responsibility*-Maßnahmen (CSR) nachzujustieren (Olarte-Sánchez et al. 2022). Diese konzentrierten sich bis vor einigen Jahren zuvorderst auf die vertraglich vereinbarten Kompensationszahlungen: Albemarle transferiert seit 2016 jährlich 3,5 Prozent seines Umsatzes an den CPA, der die Gelder über die indigenen Gemeinden umverteilt. SQM zahlt seit 2018 zwischen zehn und 15 Millionen US-Dollar (Poveda Bonilla 2020: 67). Der Lithiumexperte der DERA wandte jedoch ein, dass es inoffizielle Zahlungen gäbe, die sich eher in den mittleren zweistelligen Millionenbe-

trägen bewegten. Auch der Bürgermeister versichert, er könne dazu nichts mit Gewissheit sagen, denn der CPA sei nicht zur Offenlegung verpflichtet. Das führe zu neuen Konflikten, jedoch innerhalb der Gemeinden, beobachtet der Projektleiter der BGR: „Dann weiß die Gemeinde A nicht, was Gemeinde B bekommt. Und wenn die einen wissen, dass der Nachbar mehr kriegte als man selbst, dann gibt es natürlich Stress.“ (Interview 1, 4.4.2023) „Wir wissen, dass wir die Gemeinden spalten“, räumte ein SQM-Manager ein. „Aber wir wollen mehr tun, als nur Geld geben. Wir wollen etwas zurückgeben.“ (Interview 8, 24.1.2023, Übers. NSc.). Die Konzerne fördern den Bau von Straßen, einer öffentlichen Schule in Toconao und eines Krankenhauses in San Pedro. Mithilfe der Finanzierung der Unternehmen konnte eine Apotheke eröffnet werden, SQM hat eine mobile Zahnarztpraxis bereitgestellt. Sie fördern materielle Infrastrukturmaßnahmen und sogenannte Entwicklungsprojekte in den Bereichen Bildung, Ernährung und Landwirtschaft, die die lokale Regierung im zentralisierten Chile nicht mit eigenen Haushaltsmitteln bewerkstelligen könnte (Olarte-Sánchez et al. 2022; Schlosser 2024). Ohne den Lithiumabbau und die Unternehmen gäbe es dort keine Entwicklung, erklärt der Bürgermeister. Der Staat solle daran „bloß nichts ändern“ (Interview 4, 30.3.2023, Übers. NSc.).

Grundlegende Veränderungen sieht die Zentralregierung ohnehin nicht vor. Stattdessen verabschiedete sie Ende 2023 die Nationale Lithiumstrategie (Gobierno de Chile o.J.). In diesem Rahmen unterzeichneten der staatliche Kupferkonzern Codelco und SQM ein Abkommen, mittels dessen Chile seine fast führende Position auf dem globalen Lithiummarkt halten und gleichzeitig einen „entscheidenden Beitrag leisten wird, um den Klimawandel zu bekämpfen“, stellt der Präsident von Codelco, dem weltweit größten Kupferkonzern, in Aussicht (SQM 2024). Bei diesem Joint Venture hält Codelco laut Vertrag 51 Prozent der Anteile, die kleinere Hälfte befindet sich in den Händen von SQM (Codelco/SQM 2024). Schon in der Vergangenheit begannen extraktivistische Kooperationen mit staatlicher Beteiligung, die auf der Basis der heute noch gültigen Gesetze in private Projekte umgewidmet wurden. SQM erklärt sich vorerst dazu bereit, seinem staatlichen Partner die Infrastrukturen, die Anlagen, „das technische und menschliche Know-how, finanzielle Ressourcen und das Vertriebsnetz“ zur Verfügung zu stellen, fasst Codelcos Präsident die vertraglichen Konditionen zusammen. Der Staat, konkret Codelco, Corfo und das Finanzministerium, würde 70 Prozent der Gewinne, die zwischen 2025 und 2030 erzielt werden, erhalten. Ab 2031 würde sich der Anteil, in Abhängigkeit des Lithiumpreises auf dem Weltmarkt, auf 85 Prozent, einschließlich Gewinne

und Steuereinnahmen, erhöhen. Vor dem Hintergrund der gegenwärtig wachsenden Lithiumbedarfe industrialisierter Ökonomien, die eine ökologische Modernisierung forcieren, allen voran China, die USA und die EU, verdoppelt Chile die geplanten Produktionskapazitäten annähernd. Davon profitiert auch SQM. Die zukünftig gesteigerte staatliche Beteiligung an Rohstoffrenditen und fortwährende teil-privatisierte Profite auf nationaler Ebene ergänzt das neue öffentlich-private Bündnis „durch eine Beteiligung der lokalen Gemeinden an allen Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse“ (SQM 2024). Den Dialogprozess im Rahmen des mesa multiactor beabsichtigt es zusammen mit den bereits partizipierenden Akteuren wie Albemarle, der GIZ und vor allem den Gemeinden fortzuführen, „um einen Konsens in Fragen der menschlichen Entwicklung, des sozialen und ökologischen Umfelds und der Unternehmensführung zu erreichen.“ (ebd.)

5 Fazit: Die Grenzen des Staates und ihre Überwindung

Die Konstituierung eines Lithium-Konsenses scheint vorerst bereits gelungen zu sein. Dabei nimmt nicht nur der Staat als politische Gesellschaft, sondern der integrale Staat, der auch die Lithiumkonzerne einschließt, eine entscheidende Rolle ein, die ich in diesem Beitrag beleuchtet habe. Als Fraktion des Lithium-Machtblocks, den der Staat, insbesondere die Corfo, bereits während der Diktatur konstituiert hat und seitdem stabilisiert, scheinen die Unternehmen heute selbst einen Lithium-Konsens organisiert zu haben. Sie haben materielle Zugeständnisse an indigene Gruppen gemacht, die sie auf der Grundlage von unternehmerischen Leistungen, die eigentlich dem Wohlfahrtsstaat behalten wären, spalten konnten. Indem sie selektiv auf ihre Forderungen nach Kompensationszahlungen, Entwicklungsmöglichkeiten, der Implementierung basaler Infrastruktur und Partizipation an Entscheidungen, jedoch ohne Wirkmacht, eingegangen sind, waren sie schon vor den jüngsten Lithium-Reformen in der Lage, einen einstweiligen Kompromiss auszuhandeln.

Trotz aller Widersprüche, sowohl zwischen als auch innerhalb der antagonistischen Akteursbündnisse und Klassenfraktionen, und trotz gesellschaftlicher Widerstände erweist sich der integrale Staat in Chile als Garant für die (Re-)Produktion der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Durch Chiles tiefere Integration in den teil-begrüntem Weltmarkt verändern sich vorkapitalistische Lebensweisen im Salar de Atacama, indem sie durch Lohnarbeit im Lithiumsektor phasenweise ergänzt, und solidarische

Produktionsweisen anteilig substituiert werden. Die Einkommen ermöglichen die Anschaffung materieller Konsumgüter wie verarbeitete Lebensmittel, Haushaltsgeräte oder Autos, die den Alltag in der Wüste kurzfristig erleichtern, auch wenn die Expansion extraktivistischer Grenzen das Leben gleichzeitig langfristig erschwert.

In diesem Licht liest sich die Nationale Lithiumstrategie als ein erneuerter, doch widersprüchlicher Kompromiss zwischen dem Staat, SQM und den Gemeinden, wenngleich Letztere durch Dialogformate eher scheinbar an der Bildung beteiligt wurden. Besonders die Corfo, die laut eigenen Angaben zukünftig eine aktivere Rolle spielen soll, nimmt bereits seit Dekaden eine zentrale Rolle bei der Festigung des Blocks an der Macht ein. Sie schließt die extraktivistischen Verträge mit den Konzernen und handelt die Konditionen mit dem Lithiumblock aus. Bis etwa 2016/2018 wurde dieser von den beiden Konzernen und der nationalen Bourgeoisie, einschließlich des SQM-Anteilseigners Julio Ponce Lerou dominiert. Unterdessen wurden jedoch auch einst widerständige indigene Fraktionen der Atacameños darin eingebunden (Olarte-Sánchez et al. 2022; Schlosser 2024). Beschäftigte tragen den Kompromiss, den die chilenische Zentralregierung institutionalisiert und dem sie oberflächlich einen grünen Anstrich verpasst, zumindest passiv.

Den Schutz des Salar staatlich garantieren zu wollen, gleichzeitig aber seine fortdauernde und sogar erweiterte Ausbeutung zu organisieren, könnte ambivalenter kaum sein. Die grüne Erzählung kollidiert mit der materialistischen Praxis. Mit Poulantzas (2002: 166) ließe sich die Lithium-Politik der progressiven Regierung als „chaotisch und inkohärent“ beschreiben, aber auch erklären. Der Staat operationalisiert je nach Problem punktuelle, konflikthafte und kompensatorisch-reformistische Politiken. Deswegen wirken sie zuweilen widersprüchlich, aber genau das ist auch der Staat, der zudem in strukturelle Schranken gewiesen wird. Die Grenzen der Organisationsrolle des Staates gründen sich zwar auch auf dem von ihm beförderten Prozess der Kapitalakkumulation und -reproduktion durch Lithiumextraktion, um beim Beispiel zu bleiben. Aber die geschichtlich gewachsenen materiellen Strukturen grenzen den Wirkungsbereich des Staates, den er selbst bildet und aufrechterhält, ebenso ein. Diese staatlichen Beschränkungen öffnen wiederum den Handlungsspielraum der Lithiumunternehmen. Die Kombination aus CSR-Strategien auf territorialer Ebene, (national-)staatlichen Lithiumreformen und novellierten Handelsverträgen, wie beispielsweise mit der EU, kreiert einen wirkmächtigen Internalisierungshebel und mündet in eine „Transformation ohne Transformation“.

„Eine bessere Welt“, wie sie Boric imaginiert, ist auf der Basis von Extraktivismen in all ihren Facetten unmöglich – im kapitalistischen Sinne jedenfalls nur für Wenige. Doch auch sie können in keiner guten Welt leben, in der eine lebensspendende Natur intakt ist und Menschen ein würdevolles Leben führen können. Extraktivismen zerstören Naturräume, vergrößern soziale Ungleichheiten, schüren Konflikte, spalten sogar Subalterne entlang von Trennungslinien wie „*raza*“, Klasse, Geschlecht und Alter – und zersplittern Gesellschaften regelrecht. Gegen die Ausbreitung einer „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) der Wenigen in Chile und für ein Gutes Leben für alle gilt es jedoch zusammenzuwachsen. In Dialogformaten und inklusiven Räumen wäre nicht über die ökologische Modernisierung der kapitalistischen Produktionsweise zu sprechen, sondern über solidarische Alternativen, die in Atacama bis zum Beginn der Lithiumextraktion vorherrschten. Eine „Revolution mit Revolution“, für ein vereintes Chile, von dem die Musikgruppe Quilapayún singt und auf die sich Boric in seiner Grundsatzrede im Juni 2024 in Berlin bezieht (eigene Aufnahme, 11.6.2024, Übers. NSc.), setzt eine Kombination aus der Stärkung der parlamentarischen (Direkt-)Demokratie und dem Auf- und Ausbau basisdemokratischer Selbstverwaltungen voraus. Dieser komplexe Prozess zum Umbau des Staates und der dominanten Ordnung ist ein langwieriger. Es wäre zudem ein tiefgehender Vorgang, der buchstäblich an die Wurzeln des Systems ginge, nämlich um die demokratischen Grundfesten zu stabilisieren, die reaktionär-autoritäre Kräfte angreifen. Der demokratische Weg zum Sozialismus, für den sich Poulantzas (2002: 278) ausspricht und den die Volksfrontregierung unter Salvador Allende bereits vor über 50 Jahren antrat, wäre mitnichten ein einfacher. Aber einer, den es sich im Lichte der Geschichte und der sich zunehmend verschärfenden Vielfachkrise geschlossen zu gehen lohnt.

6 Literatur

- Albemarle (2024): Nuestra historia, [<https://www.albemarlelitio.cl/products/nuestra-historia>] <22.9.2024>.
- Balakrishnan, Abhishek/Neef, Christoph (2023): Preisschwankungen bei Batterie-Rohstoffen: Wie die Automobilindustrie reagiert und welche Auswirkungen sie auf die Zellkosten haben, [<https://www.isi.fraunhofer.de/de/blog/themen/batterie-update/batterie-rohstoffe-preis-schwankungen-wie-reagiert-automobil-industrie-auswirkung-en-zellkosten.html>] <14.9.2024>.
- Boddenberg, Sophia (2020): Revolte in Chile: Aufbruch im Musterland des Neoliberalismus. Münster: Unrast.

- Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Kapitalismus*, München: oekom.
- Candeias, Mario (2018): *Passive Revolution*, in: *LuXemburg: Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* (Hg.): *ABC der Transformation*, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Codelco/SQM (2024): *Acuerdo de asociación para el desarrollo minero, productivo, comercial, comunitario y ambiental del Salar de Atacama*, [https://www.codelco.com/prontus_codelco/site/docs/20160401/20160401130745/310524_firma_acuerdo_de_asociacion_codelco_sqm_oficial.pdf] <15.9.2024>.
- Cofré, Víctor (2019): *Ponce Lerou: Pinochet, el Litio, las Cascadas, las Platas Políticas*. Santiago de Chile: Catalonia, Periodismo.
- Demirović, Alex; Adolphs, Stephan; Karakayali, Serhat (2010): *Einleitung*, in: Demirović, Alex; Adolphs, Stephan; Karakayali, Serhat (Hg.): *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas: Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*, Baden-Baden: Nomos, 9–17.
- Dorn, Felix, M.; Gundermann Hans (2022): *Mining companies, indigenous communities, and the state: The political ecology of lithium in Chile (Salar de Atacama) and Argentina (Salar de Olaroz-Cauchari)*, in: *Journal of Political Ecology*, 29, 341–359.
- EC – Europäische Kommission (2024a): *GHG emissions of all world countries*, [https://edgar.jrc.ec.europa.eu/report_2023?vis=co2tot#emissions_table] <14.9.2024>.
- EC – Europäische Kommission (2024b): *The EU-Chile agreement explained*, [https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/chile/eu-chile-agreement/agreement-explained_en#AdvantageChile] <14.9.2024>.
- EC – Europäische Kommission (2019): *Der europäische Grüne Deal*, [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de] <14.9.2024>.
- EP – Europäisches Parlament (2024): *Abkommen zwischen der EU und Chile*, [[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2024/759575/EPRS_ATA\(2024\)759575_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2024/759575/EPRS_ATA(2024)759575_DE.pdf)] <14.9.2024>.
- EP – Europäisches Parlament (2023): *Neue EU-Vorschriften für nachhaltigere und ethisch bedenkenlose Batterien*, [<https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20220228STO24218/neue-eu-vorschriften-fur-nachhaltigere-und-ethisch-bedenkenlos-e-batterien>] <14.9.2024>.
- Furnaro, Andrea (2019): *Hegemony and passivity in mining regions: Containing dissent in north-central Chile*, in: *The Extractive Industries and Society*, 6, 215–222.
- Garcés, Ingrid; Alvarez, Gabriel (2020): *Water Mining and Extractivism of the Salar de Atacama, Chile*, in: *WIT Transactions on Ecology and the Environment, Environmental Impact V*, 189–199.
- Gobierno de Chile (o.J.): *Estrategia Nacional del Litio* [<https://www.gob.cl/chileavanzaconlitio/>] <23.9.2024>.
- Graf, Jakob; Landherr, Anna (2020): *Der Tanz der Überflüssigen: Klassenkämpfe im Globalen Süden am Beispiel Chile*, in: *PROKLA* 200, 50, 467–448.
- GH – Gramsci, Antonio (1991 ff.): *Gefängnishefte*. Hamburg, Berlin: Argument, InkriT.

- Hall, Stuart (2014): Der strittige Staat, in: Hall, Stuart (Hg.): Populismus, Hegemonie, Globalisierung, Hamburg: Argument, 11–42.
- Jerez, Bárbara; Garcés, Ingrid; Torres Salinas, Robinson (2021): Lithium extractivism and water injustices in the Salar de Atacama, Chile: The colonial shadow of green electromobility, in: *Political Geography*, 87, 102382.
- Lagos, Gustavo (2012): El desarrollo del litio en Chile (1984–2012). Santiago de Chile: Pontificia Universidad Católica de Chile.
- Liu, Wenjuan; Agusdinata, Datu B.; Myint, Soe W. (2019): Spatiotemporal patterns of lithium mining and environmental degradation in the Atacama Salt Flat, Chile, in: *International Journal of Applied Earth Observation and Geoinformation*, 80, 145–156.
- Liu, Wenjuan; Agusdinata, Datu B. (2020): Interdependencies of lithium mining and communities sustainability in Salar de Atacama, Chile, in: *Journal of Cleaner Production*, 260, 120838.
- Lorca, Mauricio; Olivera Andrade, Manuel; Escosteguy, Melisa; Köppel, Jonas; Scoville-Simonds, Morgan; Hufty, Marc (2022): Mining indigenous territories: Consensus, tensions and ambivalences in the Salar de Atacama, in: *The Extractive Industries and Society*, 9, 101047.
- Marazuela, Miguel A.; Vázquez-Suñé, Enric; Ayora, Carlos; García-Gil, Alejandro; Palma, Teresa (2019): The effect of brine pumping on the natural hydrodynamics of the Salar de Atacama: The damping capacity of salt flats, in: *The Science of the total environment*, 654, 1118–1131.
- Mesa Multiactor Salar de Atacama (o.J.): Participantes, [<https://www.mesamultiactor.cl/participantes-2/>] <15.9.2024>.
- Olarte-Sánchez, Lorena; Preiser, Anna; Schlosser, Nina (2022): Reproducing the Imperial Mode of Living in Times of Climate Crisis: Green(ing) Extractivisms and Eco-territorial Conflicts in the Chilean, Mexican and Peruvian Mining Sector, in: *forum for inter-american research*, 15, 85–105.
- Olmos Herrera, Cristián (2019): Autonomía en tiempos de complicidad económica: Expansión minera y prácticas del agua en el norte de Chile, in: Bohoslavsky, Juan Pablo; Fernández, Karinna; Smart, Sebastián (Hg.): *Complicidad económica con la dictadura chilena: Un país desigual a la fuerza*, Santiago de Chile: LOM Ediciones, 353–368.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie: Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA.
- Poveda Bonilla, Rafael (2020): Estudio de caso sobre la gobernanza del litio en Chile. Santiago de Chile: Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL).
- Schlosser, Nina (2024): Corporate Strategies on “Sustainable” Lithium Extractivism: The Emergence of a Lithium Consensus in the Salar de Atacama (?), in: Kaltmeier, Olaf; Peters, Mario; Vollmer, Ann-Kathrin (Hg.): *Environments of Inequality: Crises, Conflicts, Comparisons*, Bielefeld: Kipu (im Erscheinen).
- DERA (2023): *Rohstoffrisikobewertung – Lithium*. Berlin: DERA.
- Solimano, Andrés (2012): *Capitalismo a la Chilena y la Prosperidad de las Élites*. Santiago de Chile: Catalonia.

SQM (2021): Reporte de Sostenibilidad 2021. Santiago de Chile: SQM.

SQM (2022): Annual Report. Santiago de Chile: SQM.

SQM (2023): Our history, [<https://www.sqm.com/en/acerca-de-sqm/informacion-corporativa/nuestra-historia/>] <22.9.2024>.

SQM (2024): Codelco and SQM sign partnership agreement making Chile a leader in the global lithium market, [<https://www.sqm.com/en/noticia/codelco-y-sqm-firma-n-acuerdo-para-asociacion-que-da-a-chile-liderazgo-en-el-mercado-mundial-de-litio/>] <15.9.2024>.

U.S. Geological Survey (2024): Mineral commodity summaries 2024. Reston: USGS.

